

Young Public
Herrn Rainer Schmitz
Postfach 46 02 44

48073 Münster



Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

sterck@fdp.de

www.fdp-lv-nrw.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
Kto. 6 120 026
BLZ 300 700 24

Düsseldorf, 05. Mai 2010

Sehr geehrter Herr Schmitz,

wir nehmen Bezug auf Ihre E-Mail vom 29. April 2010 und antworten auf die Wahlprüfsteine der Young Public wie folgt:

1. Studiengebühren:

Studiengebühren finden zwar auch unter den Studierenden einige Unterstützer, in weiten Teilen werden sie jedoch also unsozial abgelehnt. Immer wieder heißt es auch, dass Bildung kostenfrei bleiben und nicht zum Luxusgut werden dürfe. Werden Sie um jeden Preis an den Studiengebühren festhalten oder könnten Sie sich vorstellen, sie bei einer vernünftigen Alternative, wie wir es für richtig halten, abzuschaffen? Wie könnte eine Alternative Ihrer Meinung nach aussehen?

Die FDP wird an den Studienbeiträgen in der derzeitigen Regelung festhalten. Jede Hochschule soll weiterhin frei entscheiden können, ob sie überhaupt und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erhebt. Wir wollen die Möglichkeit der Einnahmeerzielung aus Studienbeiträgen in Höhe von maximal 500 Euro pro Semester für die Hochschulen erhalten. Mit diesem zusätzlichen Finanzierungsinstrument können die Hochschulen zusätzliche Verbesserungen in der Lehre und den Studienbedingungen erreichen. Die Studienbeiträge sichern den Hochschulen jährlich zusätzliche Einnahmen in Höhe von bis zu 280 Millionen Euro für die Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre. Darüber hinaus stellt das Land den Hochschulen heute 400 Millionen Euro mehr zur Verfügung als noch 2005, damit stehen den Hochschulen selbst ohne Studienbeiträge 15 Prozent mehr Mittel zur Verfügung als noch unter Rot-Grün.

Zudem ist das Studienbeitragsgesetz in Nordrhein-Westfalen das sozialverträglichste in Deutschland. So können die Beiträge nachgelagert entrichtet werden, indem die Studierenden das ihnen zustehende Darlehen der NRW.Bank in Anspruch nehmen und so erst frühestens zwei Jahre nach Studienabschluss mit der Darlehensrückzahlung und nur bei hinreichendem Einkommen beginnen müssen. Die Rückzahlung des Darlehens ist auf einen Gesamtbetrag von 10.000 Euro begrenzt. Das Risiko eines Ausfalls bei der Darlehensrückzahlung trägt der Ausfallfonds. Fast jedem zweiten ehemaligen Studierenden, der im Wintersemester 2009/2010 mit der Rückzahlung seines Studienbeitragsdarlehens hätte beginnen

müssen, sind aufgrund der beschriebenen Deckelung die Studienbeiträge komplett erlassen worden.

Von der Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben, haben mittlerweile 31 der 36 staatlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Gebrauch gemacht. Trotzdem gab es in dem Wintersemester 2009/2010 mit 77.600 mehr Studienanfänger als jemals zuvor. Die Gesamtzahl der Studenten erhöht sich um fast 23.000 auf gut 501.000 Studierende. Ferner ist die Zahl der Studienanfänger stärker als die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife gestiegen. So stieg die Zahl der Studienanfänger an nordrhein-westfälischen Hochschulen von 80.365 im Studienjahr 2005 auf 90.794 im Studienjahr 2009. Dies ist eine Steigerung von 12,97 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife von 108.997 auf 117.800 geklettert. Dies entspricht einer Steigerung von 8,08 Prozent. Diese Zahlen belegen, dass nicht von einer abschreckenden Wirkung gesprochen werden kann. Vielmehr erkennen die Studierenden, dass sie durch die Gebühren ein viel größeres Gewicht sowie mehr Einfluss erhalten und schätzen.

Studienbeiträge schrecken nicht vom Studium ab und sind nicht sozial selektiv. In Nordrhein-Westfalen ist ein Hochschulstudium kein Luxusgut. Auch eine Untersuchung des Hochschul-Information-Systems (HIS) bestätigt, dass es keine Hinweise auf eine selektive Wirkung von Studienbeiträgen gibt. Prof. Dr. Martin Leitner (Geschäftsführer HIS) gab im März während einer Anhörung im Landtag zu Protokoll: „Studienanfängerzahlen haben sich in den Gebührenländern nicht anders entwickelt als in Nichtgebührenländern.“ Weiter sagte Leitner: „Speziell in Nordrhein-Westfalen konnte bislang von HIS keine Verstärkung der sozialen Selektion durch Studiengebühren festgestellt werden.“

Mittel aus Studienbeiträgen verbessern nach unserer Auffassung nachhaltig die Studienbedingungen; sie werden vor allem für:

- längere Bibliotheksöffnungszeiten,
- bessere Ausstattungen der Lernapparate,
- zusätzliches Lehrpersonal,
- verbesserte technische Ausstattung von Seminarräumen und Laboren,
- mehr Mentoren- und Tutorienprogramme

verwandt.

Nach Ansicht der FDP sind die Hochschulen aufgrund jahrzehntelanger Unterfinanzierung durch Rot-Grün dringend auf die Mittel aus den Studienbeiträgen angewiesen. Eine Streichung der Studienbeiträge ginge zu Lasten der Studentinnen und Studenten in unserem Land.

2. Studiengänge/-inhalte:

Wir alle erinnern uns noch an den großen Bildungsstreik des vergangenen Jahres, in deren Folge nun u. a. Bachelor- und Masterstudiengänge „entschlackt“ werden sollen bzw. werden. An welchen Stellen sehen Sie weiteren Handlungsbedarf um für Studierende ein gutes Lern- und Arbeitsklima zu schaffen?

Grundsätzlich bewertet die FDP die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in Nordrhein-Westfalen positiv. Wir bekennen uns zu den Zielen des Bologna-Prozesses. Die Ziele, die Förderung von Mobilität von internationaler Wettbewerbsfähigkeit, von Beschäftigungsfähigkeit und die Verkürzung der Studiendauer sind richtig und wichtig. Erste beachtliche Erfolge zeichnen sich bereits jetzt ab. Nach aktuellen Zahlen hat sich die Absolventenquote in Regelstudienzeit innerhalb der vergangenen vier Jahre in Nordrhein-Westfalen von 21,4 auf 28,1

Prozent erhöht. Erstmals ist es dem Land damit gelungen, bei der Akademikerquote über dem Bundesdurchschnitt zu liegen.

Bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist in Nordrhein Westfalen schon enorme konzeptionelle Arbeit geleistet worden. Mittlerweile sind 81,3 % aller Studiengänge umgestellt. Das bedeutet nicht, dass die Umstellung schon abgeschlossen ist und keine Übergangsprobleme aufgetreten sind. Unbestritten ist die Umstellung einiger Studiengänge nicht optimal gelaufen. Aus diesem Grund setzt sich die FDP NRW für eine Verbesserung der Standards, Kriterien und Funktionsfähigkeit ein. Es ist notwendig, die während des Bildungsstreiks angesprochenen Probleme und vorgetragenen Argumente gemeinsam mit den Hochschulen und Studierenden zu analysieren und notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Es gilt einzelne Prüfungselemente sowie einzelne Anwesenheitspflichten zu überprüfen, ohne das Gesamtqualifikationsziel zu beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die FDP NRW das von den Rektoren der 14 nordrhein-westfälischen Universitäten am 26. November 2009 unterzeichnete Memorandum, in dem sich die Hochschulen verpflichtet haben, notwendige Veränderungen in die Wege zu leiten. Konkret vereinbarten die Universitäten zu überprüfen, ob der jeweilige Studiengang stofflich überladen ist, ob es eine den Zielen des Studiengangs angemessene Vielfalt an Prüfungsformen gibt, ob der Praxisbezug gewährleistet ist, ob es zu viele Anwesenheitspflichten gibt und ob die nationale und internationale Mobilität in angemessener Weise gewährleistet ist. Im Gegenzug hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Hochschulen eine verlässliche Finanzausstattung in den nächsten Jahren zugesichert. Zudem wurden den Hochschulen Ausnahmegenehmigungen erteilt, um bereits vor der nächsten Re-Akkreditierung der Studiengänge konkrete Verbesserungen, wie etwa eine Verringerung von Prüfungslasten in einzelnen Studiengängen, unverzüglich zu erreichen. Eine erste Revisionsbilanz und erste Ergebnisse sind von den Universitäten bereits vorgelegt worden. So hat etwa die Universität Münster beispielsweise der viel kritisierten Anwesenheitspflicht in Seminaren enge Grenzen gesetzt. Eine Anwesenheit kann nur noch in Veranstaltungen erforderlich gemacht werden, in denen spezielle Techniken, Erkenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden, die im reinen Selbststudium nicht oder nur mit erheblichen Einschränkungen erlernt werden können (z. B. Labortätigkeiten).

Die FDP NRW will den Bologna Prozess weiter vorantreiben und dessen Umsetzung optimieren. Hierzu müssen die Hochschulen angehalten werden, ihre gewachsenen finanziellen Spielräume für zusätzliches Lehrpersonal und damit für eine Verbesserung der Betreuungsrelation zu nutzen. Studiengänge die bislang mit dem Staatsexamen abschließen, sollen ebenfalls in den Bologna-Prozess einbezogen. Dabei darf die Umstellung nicht zu einer Verlängerung der Gesamtausbildung führen.

Darüber hinaus werden die Forderungen im Bildungsstreik nach einer deutlich besseren Finanzierung des Bildungssystems von der FDP geteilt und sind in den letzten Jahren konsequent als Schwerpunkt der politischen Regierungsarbeit verfolgt worden. Trotz der überaus schwierigen Finanzsituation hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Regierungsbeteiligung der FDP den von den Vorgängerregierungen hinterlassenen Investitionsstau an den Hochschulen abgebaut. Wir haben damit die Bedingungen für Lehre und Forschung, für Studenten und Lehrende verbessert. Hierfür haben wir erhebliche Haushaltsmittel freigegeben. Insgesamt geben wir bis 2015 – neben geplanten drei Milliarden für Neubauten an Hochschulen und Baumaßnahmen an Universitätskliniken - zusätzlich zwei Milliarden Euro aus für die Modernisierung und Sanierung der nordrhein-westfälischen Hochschulen. Wir stärken damit ihre Konkurrenzfähigkeit im

globalen Wettbewerb um die besten Köpfe, aber auch um Drittmittel. Dies bedeutet, dass die jährlich vorgesehenen Investitionen im Bereich der Hochschulmodernisierung rund zwei Drittel über den Ausgaben der Jahre bis 2005 liegen. Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Innovation steigen dieses Jahr auf über 5,8 Milliarden Euro an. Einen Großteil des Geldes von über 3,2 Milliarden Euro bekommen die Hochschulen. Damit entfallen auf die Hochschulen des Landes im Jahr 2010 über 161 Millionen Euro mehr als noch 2009. Das ist eine Steigerung von 4,1 Prozent. Den Anteil der Bildungsausgaben insgesamt für die frühkindliche Bildung, die Schul- und die Hochschulbildung an den Gesamtausgaben des Landes haben wir von 36,7 Prozent im Jahr 2005 auf 40,5 Prozent im Jahr 2009 erhöht. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer. Für die Liberalen ist klar, dass im Bildungsbereich nicht gespart werden darf. Diese Politik werden wir konsequent weiter verfolgen.

3. Ausbildungsplätze:

Neben dem Bereich der Hochschulfragen und der vielen hitzigen Diskussionen dort, vergisst man oft, dass es auch noch vielfältige Ausbildungsgänge gibt, wo ebenfalls einiges im Argen liegt. Nach wie vor, finden viele Schulabsolventen keinen Ausbildungsplatz. Wie kann man diese Situation (weiter) verbessern?

Nach Auffassung der FDP bedeutet ein Arbeitsplatz weit mehr als nur eine Form der Einkommenssicherung. Menschen erhalten darüber hinaus durch eine Beschäftigung die Chance, ihre Fähigkeiten zu erproben und weiterzuentwickeln. Arbeit ist zugleich eine wichtige Form der gesellschaftlichen Teilhabe. Die FDP will dazu beitragen, dass die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unsere Bürgerinnen und Bürger ermutigt und dabei unterstützt, den für sie passenden Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden.

Seitdem FDP und CDU vor fünf Jahren die Regierung übernommen haben, sind 250.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden, und zwar trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten fünf Jahren um 33 Prozent gesunken. Im Herbst 2009 wurden 121.500 Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Die Aufgabe, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu schaffen, obliegt primär den Betrieben. Dazu bedarf es allerdings vernünftiger und zugleich wachstumsorientierter Rahmenbedingungen. Dafür haben wir uns nach Kräften eingesetzt und werden dies auch in Zukunft tun. In der Arbeitsmarktpolitik haben wir den Schwerpunkt auf Beratungsaktivitäten und Bildungsoffensive gelegt. Wir unterstützen die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben beispielsweise durch die Verbundausbildung, die jährlich dazu beiträgt, dass 1.000 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Eine gerade für kleine und mittelständische Betriebe wichtige Maßnahme zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft ist die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, für die das Land jährlich 14,6 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Die FDP setzt sich darüber hinaus für eine Modernisierung der dualen Ausbildung ein, z.B. in Form einer bedarfsorientierten Modularisierung.

Die Förderung von jungen Menschen mit besonderen Vermittlungsproblemen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt liegt der FDP besonders am Herzen. Aus diesem Grund wurde 2005 das Werkstattjahr ins Leben gerufen. Jugendliche, für die es zuvor keine gezielten Hilfen gab, erhalten nun eine Chance, um ihre Fähigkeiten zu erproben. Allein in 2010 wird die Fördersumme für das Werkstattjahr 24 Millionen Euro betragen. Mit der Weiterentwicklung des dritten Weges in der Berufsausbildung werden Jugendliche unterstützt, die aufgrund ihrer persönlichen und schulischen Voraussetzungen bislang keinen Weg in eine Ausbildung gefunden haben. Als Erfolgsmodell hat sich auch die Landesinitiative "Jugend in

Arbeit plus" erwiesen. Auf diesem Weg wurden im Zeitraum von 2006 bis 2009 rund 9.000 arbeitslose Jugendliche in eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht.

4. Berufseinstieg:

Viele Berufseinsteiger/innen werden nach Studien- bzw. Ausbildungsabschluss häufig nicht nur Wochen oder Monate, sondern gar Jahre zu teilweise sittenwidrigen Löhnen und ausbeuterische Art und Weise als Praktikantinnen und Praktikanten beschäftigt. Wie kommt es zu solch einer Entwicklung, was raten Sie Betroffenen und was möchten Sie politisch dagegen tun?

Wie aus einer Studie des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung (In-cher) in Kassel zu Studienbedingungen und Berufserfolg hervorgeht, bei der 35.000 Hochschulabsolventen aus 48 Hochschulen befragt wurden, bedürfen solche Annahmen - zumindest was die Gruppe der Studienabsolventen betrifft - einer Korrektur. Demnach starten Hochschulabgänger offenbar erfolgreich ins Berufsleben. So benötigen Absolventen des Jahrgangs 2007 nur drei Monate, um eine Stelle zu finden. Hinzu komme, dass Absolventen der neuen Studiengänge mit dem Bachelor- und Master-Abschluss keineswegs benachteiligt würden. Allerdings zeige sich eine Differenz in der Bezahlung, je nach Studienfach. Die nächste Befragung widmet sich dem Jahrgang 2009 und wird in diesem Jahr stattfinden. Hier bleibt abzuwarten, zu welchen Auswirkungen die Wirtschaftskrise beim Start ins Berufsleben geführt hat.

Hinzuweisen ist auch auf eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zur sogenannten atypischen Beschäftigung im internationalen Vergleich. Es wurde belegt, dass Deutschland zwar auf den ersten Blick mit einem Anteil von befristeten Arbeitsverträgen in Höhe von 15 Prozent im internationalen Vergleich einen hohen Wert aufweist. Allerdings handelt es sich bei der Hälfte derartiger Beschäftigungsverhältnisse um Ausbildungen im dualen System. Dagegen liegt der Wert der unfreiwilligen Befristungen unter einem Viertel, was wiederum international ein vergleichsweise niedriger Wert ist. Interessant ist auch der Befund, dass Arbeitsmärkte, die insgesamt einen hohen Grad an Flexibilität aufweisen, offenbar über einen vergleichsweise geringen Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen verfügen. Als Beispiele zu nennen sind Dänemark, Großbritannien und Irland. Die FDP ist der Auffassung, dass es angesichts der Dynamisierung des Arbeitsmarktes in Zukunft mehr um Beschäftigungssicherheit für viele als um Arbeitsplatzsicherheit für wenige gehen sollte. Um in einer solchen Arbeitswelt bestehen zu können, wird jedoch der Zugang zu Bildung, und zwar in jedem Lebensalter, immer wichtiger. Von wachsender Bedeutung sind außerdem bedarfsorientierte Beratungsmöglichkeiten sowie eine verbesserte Stellenvermittlung.

Eine gesetzliche Regelung für das Verbot sittenwidriger Löhne, wonach der branchenübliche Lohn nicht mehr als um ein Drittel unterschritten werden darf, ist nach Ansicht der FDP unterstützenswert. Dies wurde entsprechend im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart.

5. Schulsystem:

Sie möchten am gegliederten Schulsystem festhalten. Wagt man den Vergleich mit der Situation in Hamburg, scheinen Sie insoweit mit der Mehrheit der Gesellschaft überein zu stimmen. Dennoch kann man wohl sagen, dass die Hauptschule in den letzten Jahrzehnten immer weiter und weiter in eine "Krise" geraten ist. Ein weiter so kann es also nicht geben. Wie sehen Ihre konkreten schulpolitischen Vorhaben aus?

Selbstverständlich führt der demographische Wandel zu Veränderungs- und Anpassungsbedarf, aber er bietet auch Chancen. Die FDP will diesen demographischen Wandel positiv gestalten. Zurückgehende Schülerzahlen eröffnen weitere Möglichkeiten zur Senkung der Klassengrößen, sie entlasten die Pädagogen, sie ermöglichen neue Spielräume zur qualitativen Unterrichtsgestaltung. Und der demographische Wandel kann auch für die schulischen Angebote in den unterschiedlichen Kommunen fortschrittlich ausgestaltet werden. Anstatt, wie von SPD und Grünen 2004 angekündigt 16.000 Lehrerstellen zu streichen, haben wir 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Hierdurch wurde der Unterrichtsausfall halbiert, die Ganztagsangebote massiv ausgebaut und die individuelle Förderung gestärkt. In den kommenden Jahren möchte die FDP die Ganztagsangebote weiter ausbauen, ein Schulfreiheitsgesetz einführen, die Schulen von Bürokratie entlasten und die Klassen kontinuierlich verkleinern, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass keine Klasse mit mehr als 25 Schülern gebildet wird.

Wir wollen in differenzierten Bildungsgängen ein umfassendes leistungsstandsgerechtes Schulangebot zur Verfügung stellen, das durch zusätzliche personelle und sächliche Unterstützung qualitativ und nicht nur quantitativ ausgestaltet ist. Die FDP will deshalb das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln. Wir stehen für eine erweiterte Entscheidungsfreiheit vor Ort und für neue Möglichkeiten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schullandschaft zu entwickeln. Die FDP will neben Haupt-, Real-, Gesamtschulen sowie Gymnasien neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Sinne einer differenzierten Regionalschule in differenzierten Bildungsgängen zulassen, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen.

Eine den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler nicht entsprechende Zusammenfassung aller in einer Einheitsschule lehnen wir ab. Es gibt keinerlei wissenschaftliche Beweise, die belegen, dass das sogenannte längere gemeinsame Lernen allen Schülern nützt. Dass es – entgegen vielfach fälschlicher Behauptungen – derartige wissenschaftliche Beweise nicht gibt, wurde unlängst von herausragenden Bildungsforschern wie z. B. Prof. Baumert oder auch Prof. Bos öffentlich dargestellt. Jedoch belegen wissenschaftliche Untersuchungen, dass bei einer undifferenzierten Zusammenfassung aller Schüler in einem integrierten System und der hiermit verbundenen großen Leistungsspanne die schwächeren Schüler demotiviert und die stärkeren Schüler unterfordert werden. Die FDP will die individuelle, leistungsstandgerechte Förderung jedes Schülers statt der rot-rot-grünen Schließung der Gymnasien und Realschulen und die Zusammenfassung aller in riesigen Einheitsschulen.

6. Zentralabitur:

Hat sich das Zentralabitur Ihrer Meinung nach bewährt?

Nachdem es zunächst bei der Einführung und Umsetzung einige Anfangsschwierigkeiten gegeben hat, funktioniert der Ablauf des Zentralabiturs inzwischen problemlos. Daher hat sich das Zentralabitur bewährt.

7. Energie:

Es ist kein landespolitisches Thema, doch aber wird damit Wahlkampf gemacht, weshalb auch wir nachfragen möchten: Unstreitig hat die Atomenergie ausgedient. Die Zukunft gehört den regenerativen Energien. Bundesumweltminister Norbert Röttgen spricht sich hier für eine schnellst mögliche Umstellung aus,

möchte die Beurteilung dessen, ob das schon 2022, wie gegenwärtig gesetzlich festgeschrieben ist, geschehen kann, aber Experten überlassen und so den Weg eines geregelten Ausstiegs aus der Atomenergie in Verantwortung gehen. Ein Ausstieg aus dem Ausstieg hört sich anders an. Der Bau von Kohlekraftwerken und mithin auch der Bergbau kann und darf keine Alternative sein, die Änderung einer geltenden Rechtslage, um eben dieses zu ermöglichen, erscheint zumindest fragwürdig. Wie ist Ihr Standpunkt zu diesem Thema?

Die FDP setzt auf einen möglichst breiten Energiemix auf dem Weg in das regenerative Zeitalter. Energiepolitik ist für die FDP einer der wichtigsten Bereiche der Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherpolitik. Eine preiswerte, umweltfreundliche und sichere Versorgung mit Energie ist lebensnotwendig für Millionen von Haushalten ebenso wie für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie ist entscheidend, um im internationalen Wettbewerb auch als Industriestandort zu bestehen. Die FDP steht für einen wirtschaftlich vertretbaren, ökologisch sinnvollen und ideologiefreien Umgang mit allen Energieträgern.

Im Energiemix der Zukunft gewinnen erneuerbare Energien an Bedeutung. Langfristig werden sie einen immer größeren Teil der Energieversorgung, insbesondere der Stromversorgung leisten müssen. Auch deshalb ist es wichtig, diese schnellstmöglich an die Wirtschaftlichkeit heranzuführen. Die eigene Vermarktung von erneuerbarem Strom auch außerhalb des EEG wird von der neuen Bundesregierung angestrebt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren. Neben der Anwendung brauchen wir vor allem auch Forschung, insbesondere auf dem Gebiet der Speichertechnologien. Dort setzen wir einen weiteren Schwerpunkt. Nach den bisherigen Planungen werden bis 2020 etwa 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern stammen. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass 70 Prozent weiterhin in konventionellen Kraftwerken erzeugt werden müssen.

Die FDP steht zu der im Jahr 2008 von der Landesregierung beschlossenen "Energie- und Klimaschutzstrategie NRW". Durch vielfältige Maßnahmen wollen wir den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 33 Prozent senken und somit einen Anteil von 44 Prozent an den Reduktionszielen des Bundes leisten. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf Einsparpotenzialen, die unter Kostengesichtspunkten besonders effizient zu heben sind.

Dazu brauchen wir die Braunkohle auch in Zukunft als Stützpfeiler in der Grundlast. Braunkohle ist der einzige heimische Energieträger, der wettbewerbsfähig und ohne staatliche Subventionen verstromt wird. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Braunkohlekraftwerke effizienter und sauberer werden. Hierzu muss weiter erforscht werden, ob Abscheidung und Speicherung von CO₂ bei der Verstromung von Braunkohle wirtschaftlich möglich sind. Die Abscheidung, Verwertung und Speicherung von CO₂ werden wir durch Forschung, Entwicklung und Anwendung weiter nachhaltig unterstützen und auf die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinwirken. NRW zählt heute bereits zu den weltweit führenden Standorten für die erforderlichen Technologien - das ist gut für Umwelt, Arbeit und Wohlstand.

Wir brauchen auch neue, hochmoderne Steinkohlekraftwerke. Der Kraftwerkspark muss erneuert werden: 50 Prozent der Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen sind älter als 31 Jahre, 20 Prozent sogar älter als 40 Jahre. Alte, ineffiziente Anlagen müssen vom Netz gehen und – um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden – durch moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden und geringeren CO₂-Emissionen ersetzt werden. Daher setzt die FDP sich für die Umsetzung aller Projekte im Kraftwerkserneuerungsprogramm ein.

Zur klimaneutralen Grundlastversorgung mit Strom werden wir auf absehbare Zeit weiterhin sichere Kernkraftwerke als Brückentechnologie benötigen. Deshalb befürworten wir eine ideologiefreie Debatte über eine Verlängerung der Laufzeiten der sichersten Kernkraftwerke der Welt. Die Brücke muss in diesem Fall so lange sein, bis erneuerbare Energien in der Lage sind, wirtschaftliche und verlässlich unsere Stromversorgung zu sichern. Wir halten es für richtig, dass dies nicht losgelöst von der Gesamtentwicklung im Energiebereich erfolgt. Deshalb unterstützen wir die Bundesregierung dabei, ein umfassendes Energiekonzept zu entwickeln, das den zukünftigen Energiemix vorgibt. Von den 70 % konventioneller Energie in 2020 bildet die Kernenergie eine klimaneutrale Methode der Stromerzeugung. Ein Abschalten der Kernkraftwerke hierzulande würde dazu führen, dass wir dann unseren Strom aus weniger sicheren Kernkraftwerken im Ausland beziehen müssten. Das ist in unseren Augen nicht nur ökonomisch unsinnig, sondern auch sicherheitstechnisch bedenklich - zumal in Europa 197 Kernkraftwerke am Netz sind, von denen nur 17 in Deutschland betrieben werden.

Es ist der FDP zu verdanken, dass NRW den historischen Schritt raus aus dem Steinkohlebergbau vollzogen hat. Der subventionierte Steinkohlenbergbau wird spätestens zum Ende des Jahres 2018 sozialverträglich beendet. Das Land Nordrhein-Westfalen wird sich nach dem Jahr 2014 nicht mehr an den Absatzhilfen für die laufende Steinkohleproduktion beteiligen. Dann fließt aus NRW kein Cent mehr in die Subventionierung der Steinkohlenförderung.

Die FDP hält es gleichwohl für möglich, die Subventionen für die deutsche Steinkohle bereits früher als 2018 auslaufen zu lassen, und zwar sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen. Schon jetzt scheiden jährlich 500 bis 1000 Mitarbeiter aus dem Bergbau aus, weil sie sich umorientieren. Im Jahr 2012, wenn die sogenannte Revisionsklausel zum Tragen kommt und der Ausstieg endgültig besiegelt wird, wird sich diese Absetzbewegung nach unserer festen Überzeugung noch beschleunigen. Dann gibt es ohnehin nur noch drei Zechen mit etwa 12.000 Arbeitnehmern. Das sind hervorragend ausgebildete Leute, die beste Chancen im Handwerk und in der Industrie haben. Es wird dann gar nicht mehr genug Bergleute geben, um die drei Zechen am Laufen zu halten. Auf diese Situation müssen wir uns bereits jetzt vorbereiten.

Durch den Subventionsabbau werden erhebliche öffentliche Mittel für Investitionen in Zukunftsfelder freigesetzt. Wir wollen, dass dieses Geld in Schulen und Hochschulen investiert wird, damit wir die wirklich wichtige Ressource, die Nordrhein-Westfalen hat, die klugen Köpfe, noch besser ausbilden bilden, anstatt weiter in dunkle Schächte zu investieren, wie das die SPD will.

8. Schuldenpolitik:

Das Thema einer Schuldenbremse in der Nordrhein-Westfälischen Landesverfassung wird viel diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger sprechen sich mehrheitlich fürs Sparen und für den Schuldenabbau aus. Sind Sie für eine Schuldenbremse? Begründen Sie ihre Antwort.

Die FDP unterstützt die Schuldenbremse. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist ein Signal für Generationengerechtigkeit und nachhaltige Haushaltsführung. Ab 2020 dürfen die Länder mit der Schuldenbremse in konjunkturell normalen Zeiten keine neuen Schulden mehr machen. Die Schuldenbremse zwingt die Politik zur Haushaltsdisziplin.

Eine hemmungslose Verschuldungspolitik von roten und rot-grünen Regierungen hat dazu geführt, dass die neue, von der FDP mitgetragene Landesregierung bei

ihrer Regierungsübernahme einen Schuldenberg von 113 Milliarden Euro vorgefunden hat. Zuvor war insbesondere in den Jahren ab 2002 eine jährliche Neuverschuldung von über sechs Milliarden Euro ganz normal geworden. Von einer Wirtschaftskrise, wie wir sie heute erleben, war damals keine Spur. Diese Politik hat zur Folge, dass bereits heute jeder zehnte Euro aus dem Landeshaushalt als Schuldendienst an die Banken fließt.

Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland führt dazu, dass zur Finanzierung der Konjunkturpakete des Bundes sowie zur Kompensation massiver Steuereinnahmeausfälle auch in Nordrhein-Westfalen vorübergehend wieder höhere Schulden gemacht werden müssen. Nach der Überwindung der Wirtschaftskrise wollen wir zurück auf den Konsolidierungspfad mit dem Ziel, den Landeshaushalt baldmöglichst auszugleichen. Dafür ist es notwendig, ehrgeizige Ausgabenkürzungen und weitere strukturelle Reformen vorzunehmen.

Die FDP hat daher in der ablaufenden Legislaturperiode konsequenterweise auch eine Verfassungsänderung initiiert, mit der eine Schuldenbremse auch in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung implementiert werden sollte. Leider ist die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit aufgrund der ablehnenden Haltung von SPD und Grünen nicht erreicht worden. In der kommenden Legislaturperiode werden wir einen neuen Anlauf unternehmen.

9. Subventionen:

Welche 3 Subventionen würden Sie streichen und an welchen darf aus Ihrer Sicht nicht gerüttelt werden? Weshalb?

Die Debatte über die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung sollte nicht auf den Subventionsabbau eingeengt werden. Wir werden den Aufgabenbestand der öffentlichen Hand weiterhin kritisch überprüfen und die überaus erfolgreiche Reduzierung von Behörden fortsetzen, die in den letzten fünf Jahren schon zur Auflösung von 138 der ehemals über 1.000 Behörden geführt hat. Wir planen ferner den Abbau von mindestens 12.000 weiteren Stellen im Landesdienst. Darüber hinaus werden wir aber auch alle Möglichkeiten für einen weiteren Subventionsabbau prüfen, so zum Beispiel einen beschleunigten Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau.

Von den Sparanstrengungen bleiben Investitionen in die Bildung - von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule - ausgenommen, da es sich dabei um nachhaltige Investitionen in die Zukunft unseres Landes handelt.

10. Koalitionsmöglichkeiten, etc.:

Wir wissen, dass Sie diese Fragen nicht mögen, aber die Wählerinnen und Wähler interessiert es nun einmal und sie haben ein Anrecht darauf zu wissen, wen Sie gegebenenfalls mitwählen, wenn sie einer Partei ihre Stimme geben: Angesichts dessen, dass die von vielen favorisierten Regierungskoalitionen gegenwärtig nach keiner Umfrage möglich erscheinen, da demnach weder CDU und FDP, noch SPD und Grüne über eine gemeinsame parlamentarische Mehrheit verfügen, möchten wir wissen, mit welcher der nachfolgend genannten Parteien für Sie unter Umständen eine Zusammenarbeit im Wege einer Regierungskoalition oder aber der Duldung/Tolerierung einer Minderheitsregierung in Betracht kommt. Bitte antworten Sie im Falle einer bestehenden Option jeweils nur mit einem klaren „Ja.“, im Falle eines klaren Ausschlusses einer Zusammenarbeit jeweils lediglich mit einem klaren „Nein.“, sowie jeweils mit einem „Vielleicht.“, wenn Sie sich eine Möglichkeit noch offen halten möchten.

Auf ihrem Parteitag am 2. Mai 2010 in Aachen hat die FDP Nordrhein-Westfalen folgende Koalitionsaussage beschlossen:

"Die nordrhein-westfälische FDP will die erfolgreiche Koalition aus FDP und CDU weiter fortsetzen. Wir werden keine Koalition mit Parteien eingehen, die Bündnisse mit rechtsextremen oder linksextremen Parteien nicht eindeutig ausschließen. Daher kommen für uns Koalitionen mit Grünen oder SPD nicht in Frage."

Daraus ergeben sich folgende Antworten:

- a) CDU? Ja.
- b) SPD? Nein.
- c) Grüne? Nein.
- d) Linke? Nein.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer